

## Neue Zahlen aus Österreich

# «Selbstbestimmte» Abtreibungen?



schwangere Frau

Quelle: Envato

Eine Umfrage in Österreich ergab, dass Frauen, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, diese Entscheidung häufig unter einem «starken oder sehr starken Druck» treffen.

In einem Gastkommentar in der «Wiener Zeitung» vom 23. März stellt Petra Plonner, Schulleiterin, Unternehmerin, Beraterin und Vorsitzende der Bürgerbewegung [www.fairändern.at](http://www.fairändern.at) fest: «Ein grosser Fortschritt sei es, so wird uns gesagt, dass frau selbst 'über ihren Körper' bestimmen kann. Damit ist landläufig der Schwangerschaftsabbruch gemeint. Eine aktuelle IMAS-Umfrage im Auftrag der Bürgerbewegung [www.fairändern.at](http://www.fairändern.at) legt allerdings nahe, dass auf jede zweite (ungeplant) schwangere Frau von Personen aus ihrem direkten Umfeld Druck ausgeübt wird.»

# Behinderung: «Ernste Gefahr»

Konkret sehen 75 Prozent der Befragten einen zunehmenden Druck in Richtung Abtreibung, wenn der Verdacht besteht, dass das Kind eine Behinderung hat. Plonner: «Ein barbarisches Detail: Wenn eine 'ernste Gefahr' besteht, dass das Kind eine Behinderung haben wird, ist in Österreich eine Abtreibung bis kurz vor der Geburt möglich. Menschen mit Behinderung sind also eine 'ernste Gefahr'. Ich überlege schwer, was daran fortschrittlich ist. Und mit mir offenbar ein Grossteil der österreichischen Bevölkerung. Denn diese wünscht sich mehrheitlich, dass Frauen Unterstützung erfahren, um ein Ja zum Kind zu ermöglichen, sowohl zum ungeplanten als auch zum vermeintlich behinderten Kind.»

Konkret wünschen 77 Prozent der Befragten eine Schwangerschaftspolitik, die «ein 'Ja' zum Kind ermöglicht», wenn Frauen Zweifel haben, ob sie ihre Schwangerschaft fortsetzen sollen. 84 Prozent der Befragten erwarten, dass Ärzte auf Beratungsangebote hinweisen, und 80 Prozent sind für die Einführung einer Bedenkzeit vor einer Abtreibung.

## Lebbare Alternativen bieten

Fazit von Petra Plonner: «Wie wir aus der Umfrage und auch aus Beratungen wissen, ist es in den meisten Fällen keine 'selbstbestimmte', sondern eine erzwungene Entscheidung. Oder eine unter starkem Druck zustande gekommene Handlung» – eine Handlung, an der viele Betroffene jahrelang litten und über die nur wenige redeten. Dabei «leben wir in einem reichen, fürsorglichen Sozialstaat, in dem niemand Angst haben sollte, alleine gelassen zu sein. Eine ungeplante Schwangerschaft ist kein dunkler Raum mit einem einzig möglichen Ausweg. Es gibt viele andere Türen, die wir öffnen und anbieten können. Bei geschätzten 30'000 Abtreibungen pro Jahr können wir uns das Wegschauen einfach nicht mehr leisten.»

Ihre Forderung: «Darum sollten wir alles daransetzen, lebbare Alternativen zu bieten – damit Frauen (und Männer) diese Lebenskrise meistern und später gestärkt darauf zurückblicken können. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich jedenfalls die Rahmenbedingungen dazu.»

# Zu wenig Zahlen - viel Desinformation

Österreich ist eines der wenigen Länder, das keine offiziellen Zahlen über Schwangerschaftsabbrüche vorlegt. Laut der oben erwähnten Umfrage erwarten zwei Drittel der 1'000 befragten Personen Transparenz über die Daten und die Beweggründe, die zu Schwangerschaftsabbrüchen im Lande führen.

Für Daniela Karall, Präsidentin der Österreichischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendheilkunde, ist es unverständlich, dass es noch immer keine validen Zahlen zum Thema Schwangerschaftsabbruch gibt. «Es gibt viel Desinformation zu diesem Thema und bei geschätzten 30'000 Abtreibungen pro Jahr können wir es uns nicht leisten, wegzuschauen. Es braucht dringend eine Statistik und eine Erforschung der Abtreibungsmotive in Österreich, wie es sie auch in den meisten anderen Ländern gibt, damit gezielt und besser geholfen werden kann.»

*Zum Thema:*

[Präsident Macron: Recht auf Abtreibung soll in Verfassung](#)

[Initiative abgelehnt: Abtreibung: Keine Frage der Gesundheit](#)

[«Belgien als abschreckendes Beispiel»: Paris: Tausende gegen Euthanasie und Abtreibung](#)

Datum: 04.04.2023

Autor: Reinhold Scharnowski

Quelle: Livenet / Wiener Zeitung / Evangelical Focus

Tags